



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/161 - 26.7.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

|                                       |      |
|---------------------------------------|------|
| Zur russischen Note                   | S. 1 |
| Das erste Echo auf den SPD-Parteitag  | S. 2 |
| USA im Schatten der Novemberwahlen    | S. 3 |
| Sozialdemokratismus in der Sowjetzone | S. 5 |
| Justizskandal in Schleswig-Holstein   | S. 7 |

---

## Verhandeln, nicht ausweichen

sp - Früher als erwartet wendet sich die sowjetrussische Aktivität nach dem Abschluss der Genfer Verhandlungen, bei der es auf beiden Seiten keine "bedingungslose Kapitulation" gegeben hat, wieder der europäischen Frage zu. Noch liegt der genaue Wortlaut der letzten Moskautote nicht vor, aber das, was bruchstückweise bekannt wurde, lässt - bei allem Vorbehalt - darauf schließen, dass der Krenl das Deutschland-Problem nicht einfrieren lassen will. Er stellt die deutsche Frage wieder zur internationalen Diskussion. Es wäre töricht und nicht zu verantworten, wenn die angesprochenen Westmächte der Diskussion ausweichen und in ihrer Deutschland-Politik weiterhin auf Vorstellungen beharren würden, deren politische und psychologische Voraussetzungen längst nicht mehr gegeben sind. Die Frage der freien Wahlen und der Status eines wiedervereinigten Deutschlands, d.h. die deutsche und die europäische Sicherheit, bleiben auf der Tagesordnung der Weltpolitik.

Der Westen muß, wenn er nicht Kredit und Glaubwürdigkeit seiner oft feierlich gegebenen Zusagen verlieren will, konstruktive Gegenvorschläge entwickeln; er muß überzeugend bekunden, dass auch ihm die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit ein wichtigeres Anliegen als der Ersatz von USA-Truppen durch 12 deutsche EWG-Divisionen ist. Es wird bei den von Moskau angestrebten neuen Verhandlungen vor allem zu klären sein: Was versteht die Sowjetunion unter Neutralisierung Deutschlands? Die Lösung von allen Bindungen zum Westen, die Beibehaltung eines militärischen Vakuums im Herzen Europas, die dauernde Ohnmacht Deutschlands? Das wäre keine geeignete Verhandlungsgrundlage.

Gewiß werden die Westmächte sich bei ihren Entscheidungen in erster Linie von ihren Interessen, die sich auf deutschem Boden mit denen der russischen Interessen überschneiden, leiten lassen; das ist ihr gutes und unbestreitbares Recht. Ihr Interesse ist aber, das sei in allem Freimut gesagt, nicht immer identisch mit der Anerkennung deutscher Lebensnotwendigkeiten. Das vordringlichste Ziel jeder deutschen Politik ist auf dem Wege über freie und gleiche Wahlen die Wiedereinbeziehung von 18 Mio Brüdern und Schwestern jenseits des

Eisernen Vorhangs in ein geeintes freiheitlich-demokratisches Deutschland, unter Bedingungen, die eine deutsche Einheit nicht zur Gefahr für die eine oder andere Seite werden lassen. Wir wollen Anhängsel weder einer russischen, französischen, amerikanischen oder britischen Politik sein. Will dies auch Bonn?

Verhandeln, nicht ausweichen. Eine andere Antwort würde der Welt-demokratie schweren Schafen zufügen und den Herzenswunsch des deutschen Volkes, die Überwindung der Spaltung in Einheit und Freiheit, zum verheerenden Propaganda-Instrument Moskaus entarten lassen.

+ + +

#### Erster Widerhall

sp - Die ersten Deutungen der wesentlichen Ergebnisse des SPD-Parteitag in Berlin befassen sich vorwiegend mit der Haltung der SPD zur Frage eines deutschen Wehrbeitrages. Das ist in der gegebenen internationalen Situation begreiflich, auch wenn dabei gelegentlich der Fehler unterläuft, sowohl die Aktualität wie die Bedeutung gerade des deutschen Ausschnittes aus dem Gesamtproblem der Rüstungen in der ganzen Welt zu überbewerten.

In diesen Kommentaren werden die Akzente recht verschieden gesetzt. Die einen unterstreichen die mit sehr großer Mehrheit beschlossene Ablehnung eines Antrages (Nr. 113), der jede Wiederbewaffnung der Bundesrepublik ohne Umschweife und Vorbehalte verwarf. Sie legen das entscheidende Gewicht auf die vor aller Welt bekundete grundsätzliche Bereitschaft der SPD, der Wiederbewaffnung für den Fall zuzustimmen, dass sich wirksame Vereinbarungen zur Lösung der deutschen Frage (worunter vor allem die Wiederherstellung der Wiedervereinigung zu verstehen ist) nicht erreichen lassen.

Die anderen legen den Nachdruck auf den Beschluß, dass ein neuer Parteitag darüber befinden solle, wann dieser letztgenannte "Fall" eintritt. Sie sehen darin ein retardierendes Moment von solchem Gewicht, dass jener zuerst gefasste Beschluss dadurch entscheidend entwertet werde. In diesen Kreisen weist man zur Unterstützung dieser Auffassung darauf hin, dass politisch so profilierte und aktive Persönlichkeiten, wie die Abgeordneten Fritz Erlar und Willy Brandt - Berlin, die sich in der Diskussion nachdrücklich für eine positive Einstellung der SPD zu einem Wehrbeitrag - immer unter gewissen Voraussetzungen - aussprachen, nicht in den Vorstand gewählt wurden, wohl aber die Abgeordneten Birkelbach, Kühn und Pfarrer Wenzel, die zur Minderheit der Abstimmenden über jenen Antrag 113 gehören.

Der in den Vorstand gewählte frühere Hamburger Bürgermeister Max Brauer entkräftete ihre Argumentation nicht, da er nicht wegen seines Bekenntnisses zur Wehrhaftigkeit, sondern wegen der allgemeinen hohen Wertschätzung seiner Person die notwendigen Stimmen erhalten habe. Zweifellos haben aber auch in dem neuen Vorstand die Gegner einer militärischen Abstinenz der Bundesrepublik unter allen Umständen die klare Mehrheit.

Sicher ist, dass der Parteitag gezeigt hat, wo in dieser Frage die überwiegende Mehrheit der Mitgliedschaft steht. Niemand hat in diesen vier Tagen auch nur einen Anflug von Fegeisterung für die Möglichkeit gezeigt, dass eine deutsche Wiederbewaffnung notwendig werden könnte. Verschieden groß war nur die Bereitschaft, sich mit diesem notwendigen Übel abzufinden. Wenn etwas in einer Partei mit der Geschichte und mit der Struktur der SPD verständlich ist, dann ist es dies.

+ + +

## Versteifung der innenpolitischen Fronten in Amerika

H.S., New York, Ende Juli

Die alljährliche Torschlusspanik hat eingesetzt: der amerikanische Kongress, im hitzekochenden Washington sehnsüchtig dem geplanten Sessionsende am 31. Juli entgegenblickend, versucht, in rasender Eile so viel wie möglich von seinem Kalender zu erledigen und wenigstens einen Teil der Gesetzesvorlagen Präsident Eisenhowers, vielfach die Kernstücke des präsidentiellen Regierungsprogramms, noch in letzter Stunde zu verabschieden. Wie üblich, hatte der Kongress, und zwar vor allem der immer gemächliche Senat, anfangs arg gebummelt, die Zeit mit Banalitäten verschwendet und seine Aufmerksamkeit auf Senator McCarthys Kommunistensuche und seinen Privatkrieg mit der amerikanischen Armee konzentriert, - und darüber sowohl die ordentlichen legislativen Aufgaben als auch die Verabschiedung des Haushaltsplans vernachlässigt. Das rächt sich jetzt, und so sucht man, mit Eilgalopp-Abstimmungen und Nachtsitzungen das Versäumte wenigstens teilweise nachzuholen.

### Alpdruck der Novemberwahlen

Denn wenn Amerikas gepeinigter Gesetzgeber wirklich am 31. Juli der Bundeshauptstadt den Rücken kehren, dann dürfen sie sich nicht in schattigen Badeorten der verdienten Erholung widmen. Der 2. November ist wieder einmal Wahltag: das gesamte Repräsentantenhaus, d.h. die zweite Kammer des Kongresses, muss neu gewählt werden, der Senat wird, wie von der Verfassung vorgeschrieben, zu einem Drittel erneuert, - und ausserdem finden zahllose Wahlgänge in den 48 Gliedstaaten statt: mehr als 30 von ihnen erneuern ihre Gouverneure, alle erneuern ihre Einzelstaatsparlamente, viele wählen Richter, Staatsanwälte, Gemeindebehörden etc. neu. Es ist der Wahltag, der in der Mitte zwischen zwei Präsidentenwahlen liegt, die bekanntlich alle vier Jahre stattfinden; und diese "Halbzeitwahlen" sind stets von großer Bedeutung für die beiden grossen politischen Parteien des Landes.

Bei der Präsidentenwahl spielt die Persönlichkeit des Kandidaten eine Rolle und verwischt oft die Parteilinien, so wie z.B. bei der letzten Präsidentenwahl 1952 viele Demokraten (in den Südstaaten z.B.) für den Republikaner Eisenhower gestimmt haben; - aber bei den "Halbzeitwahlen" fällt das weg, und übrig bleibt eine politische Kraftprobe zwischen den beiden Parteien, ihren Programmen und ihren Aktionen. Daher die innenpolitische Versteifung und Verbitterung, die man jetzt im ganzen Lande zu spüren beginnt.

Im Lager der regierenden Republikanischen Partei ist man nicht allzu optimistisch. Die Opposition brauchte nur ein oder zwei neue Senatoren und vier oder fünf neue Repräsentanten zu gewinnen, um die Regierungspartei in die Minderheit zu drängen. Hinzu kommt, dass die Republikanische Partei intern nicht in sehr gutem Zustand ist; die Auseinandersetzungen zwischen McCarthy und seinem engeren Anhang einerseits und dem entschlossenen Anti-McCarthy-Flügel andererseits (der sich auf Präsident Eisenhower selber stützt) haben dem Ansehen der Partei im Lande zweifellos etwas Abbruch getan.

Andererseits aber lässt sich nicht sagen, dass sich das republikanische Regime in den etwas mehr als anderthalb Jahren, seit Eisenhower Präsident ist, bei den Massen diskreditiert hat. Hätte sich die "Rezession", die leichte Wirtschaftsschrumpfung dieses Winters und Frühjahrs, zu einer regelrechten Wirtschaftskrise verschärft, dann wäre damit vermutlich das Schicksal der Regierungspartei auf lange Zeit besiegelt gewesen; aber die Rezession hat keine katastrophalen Folgen angenommen, hier und da hat es sogar wieder geringfügige Neubelebungen gegeben, und die derzeitige Stabilisierung der Wirtschaft auf einer Mittellage hat jedenfalls die Masse des Volkes nicht unglücklich oder besorgt gemacht. Unzufriedenheiten gibt es natürlich hier und da: mit den neuen Steuersenkungen, die die oberen Zehntausend, vor allem die Dividendenempfänger, mehr begünstigen als die erwerbstätige Masse; mit den Einsparungen am Etat der öffentlichen Arbeiten, die z.B. den Wohnungsbau aus öffentlichen Mitteln fast auf den Nullpunkt reduziert haben; mit der Agrarpolitik der Regierung, die bei den Farmern einiges böses Blut macht, - aber am Wahltage dürften alle diese Fakten zusammen nur geringfügige Verschiebungen zugunsten der Oppositionspartei bewirken, nicht aber einen massiven Erdbeben.

#### Hoffnungen der Demokraten

Im demokratischen Lager, wo man an sich zuversichtlich ist, weiß man natürlich auch, dass ein kleiner Wahlsieg, angesichts der pro-oppositionellen Tradition bei allen Halbzeitwahlen, keine symptomatische Bedeutung hätte, - aber man ist sich nicht sicher, ob es einen darüber hinausgehenden erheblichen Trend zu den Demokraten geben wird. Natürlich bietet die Regierung eine deutliche Angriffsfläche in ausßenpolitischer Hinsicht, und die Demokraten haben auch die mangelhafte Klarheit von Dulles' Asienpolitik, die Gegensätze zwischen kühnen Reden und schüchternen Taten, die zweifelhafte Haltung in Guatemala und die fragwürdige Weisheit der "New Look"-Strategie angeprangert, - aber man scheut sich doch etwas, ausßenpolitische Grundfragen der Nation in den Wahlkampf zu ziehen.

Ähnlich ist es mit dem sog. "Sicherheits"programm der Regierung bestellt: man hat bei der Opposition mancherlei an der Methode, die Staatsverwaltung von "Subversiven und Suspekten" zu reinigen, auszusetzen, und im Fall des Atomphysikers Prof. Oppenheimer hat ja die interne Debatte über die Richtigkeit und den praktischen Wert dieser Methode, sich zu "schützen", zu einem im ganzen Land verbreiteten Unbehagen geführt; aber im Wahlkampf wird kaum jemand diese Fragen anrühren, schon aus Angst, dann von der Gegenseite der "Komplizität mit den Kommunisten" bezichtigt zu werden. Umgekehrt helfen sich die Republikaner gegen den naheliegenden Vorwurf, nichts zur Rettung Indochinas vor dem Kommunismus getan zu haben, mit dem Hinweis darauf, dass die dortige Lage sowieso verloren gewesen sei, seit Truman und Acheson "China verraten" haben.

Bei solchen Formen der Debatte lässt sich leicht denken, dass sich das innenpolitische Klima des Landes verschärft und dass der bevorstehende Wahlkampf Hitze und Pitterkeit in das Land hineinzutragen beginnt, die der gegenwärtigen Sommerferien-Atmosphäre nicht entsprechen.

SED gesteht Mißerfolg ihres Ausrottungsfeldzuges gegen den  
Sozialdemokratismus ein

OB, Berlin

Nach neun Jahren Unterdrückung ist der Einfluss der Sozialdemokratie im sowjetisch besetzten Mitteldeutschland stärker als zuvor. Die SED hat mit allen Mitteln, die einem totalen Gewaltregime zur Verfügung stehen, versucht, die in die Illegalität gedrängten Sozialdemokraten zu vernichten und die sozialdemokratischen Ideen auszurotten. Aber es hat nichts genutzt, sozialdemokratische Aktivität zu verfolgen und die Sozialdemokraten als "Agenten des Imperialismus" zu verleumden. Im Zentralorgan "Neues Deutschland" machte das SED-Zentralkomitee kürzlich das Eingeständnis, dass Hetze und Verfolgung vergeblich waren. Unter anderem wurde ausgeführt: "Ein grober Fehler im Kampfe gegen den Sozialdemokratismus innerhalb unserer Partei und in den Reihen der Werktätigen der DDR ist es daher, Genossen oder Arbeiter, die in bestimmten Fragen eine unrichtige, sozialdemokratische Auffassung vertreten, dafür als Feinde oder gar als Agenten des Klassenfeindes zu bezeichnen und zu behandeln." Weiter wurde erklärt: "In diesem Kampf innerhalb unserer Partei und der Arbeiterklasse der DDR gegen Überreste des Sozialdemokratismus ist die Überzeugung die einzige richtige Methode. Mit organisatorischen Massnahmen kann dieser Kampf niemals erfolgreich geführt werden".

Solche Töne sind nicht neu. Sie waren von dieser Seite immer dann zu hören, wenn sich herausgestellt hatte, dass groß angelegte Kampagnen gegen die SPD erfolglos gewesen waren. In der Weimarer Republik wurden die Sozialdemokraten als "Sozialfaschisten" verleumdet. Als man den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Berlin, Zörgiebel, im Jahre 1930 als "Arbeiterschlächter" diffamiert und die Sozialdemokraten in den Betrieben mit der Bezeichnung "kleine Zörgiebels" zu beschimpfen versucht hatte, wurde diese Taktik dann auch plötzlich über Nacht als falsch bezeichnet. Verantwortlich wurden dafür die unteren Funktionäre und Mitglieder gemacht, die bis zu diesem Tage die Direktiven des ZK stur ausgeführt hatten.

Nach der Errichtung der Hitler-Diktatur erklärte Pieck im Jahre 1936 auf dem VII. Weltkongress der Komintern, die gesamte Taktik der KPD gegenüber der SPD in der Weimarer Republik sei falsch gewesen, und

deshalb sei es nicht gelungen, die sozialdemokratischen Arbeiter für die KPD zu gewinnen. Heute machen sie die gleiche "Selbstkritik". Die Erfahrung lehrt, dass es gut ist, diese "Selbstkritik" nicht zu überschätzen.

Es ist bekannt, dass von sowjetischer Seite eine Wiederbelebung der alten Volksfronttaktik angestrebt wird. Die Kommunisten haben sich in den vergangenen neun Jahren alle Mühe gegeben, die Sozialdemokraten in der Sowjetzone durch ein Trommelfeuer leninistisch-stalinistischer Propaganda zu beeinflussen und für das SED-System einzuspannen. Dabei war es jedoch so, dass überall, wo die linientreuen Kommunisten sich einer Diskussion stellten, sie selbst schnell vor den Fragen und Argumenten der Sozialdemokraten in die Defensive gerieten.

Es gibt Fälle, die vom SED-ZK öffentlich bestätigt wurden, in denen geschulte linientreue SED-Funktionäre nach solchen Diskussionen selbst vom Sozialdemokratismus infiziert wurden und sich dafür vom SED/ZK rügen lassen mussten. Schliesslich hat die Ulbricht-Clique sogar behauptet, die im August vergangenen Jahres ausgeschlossenen ZK-Mitglieder Zeiser, Herrstadt, Ackermann, Jandretzki und andere hätten eine sozialdemokratische Plattform bezogen, als sie die Absetzung Ulbrichts forderten. Tatsache ist, dass in der SED, die geschaffen wurde, um die Sozialdemokratie zu vernichten, die Zersetzung durch den Sozialdemokratismus nach jeder Säuberungsaktion zunahm. Ist nun eine neue Taktik zu erwarten, wie in einem Teil der bürgerlichen Presse in Unkenntnis der wirklichen Zusammenhänge vermutet wird?

Die SED hat den Terror gegen die Sozialdemokraten nicht eingestellt. In den Betrieben baut sie bewaffnete Kampfgruppen auf, und ausserdem wurde im gleichen Artikel des "Neuen Deutschland", der die erwähnte "Selbstkritik" enthält, grundsätzlich erklärt: "Der Sozialdemokratismus, ist die niederträchtigste und giftigste Waffe des Imperialismus." Danach ist wohl nicht damit zu rechnen, dass in Zukunft die Spitzel und Fahndungskommandos des SED aus den Partei- und Betriebsversammlungen zurückgezogen werden.

Skandal um Staatsanwälte in Schleswig-Holstein

F.P., Kiel

Das hat es in der deutschen Justiz noch nicht gegeben: herzliche Sympathie und Mitgefühl aller Bevölkerungskreise eines Landes für Staatsanwälte, für "Öffentliche Ankläger"! Die Ursache hierfür ist allerdings noch ungewöhnlicher als die Reaktion der Bevölkerung. Was in diesen Tagen den Staatsanwälten in Schleswig-Holstein angetan wurde, steht einmalig da im Justizwesen eines demokratischen Staates. Ein pflichtgetreuer Generalstaatsanwalt und ausgezeichnete Jurist ist unter Druck gesetzt und aus Amt und Heimat gedrängt worden. Ein Oberstaatsanwalt, dem bislang mehr Ehrgeiz als hervorragendes berufliches Können nachgesagt wurde, gelangte an dessen Stelle. Kaum war das erreicht worden, wurden sämtliche übrigen Oberstaatsanwälte des Landes Schleswig-Holstein, fünf an der Zahl, von einem diffamierenden Versetzungsbefehl überrascht. Binnen 24 Stunden sollten sie ihre bisherige Wirkungsstätte verlassen und ihren Dienst an einem neuen, weit entfernten Ort antreten!

Das Ganze ist ein Justizskandal erster Ordnung. Drei Männer tragen die eigentliche Verantwortung dafür: der schleswig-holsteinische Ministerpräsident F.W. Lübke; der dank seiner persönlichen und politischen Beziehungen zum Ministerpräsidenten urplötzlich vom Ober- zum Generalstaatsanwalt avancierte Dr. Adolf Voss; der von keiner juristischen Sachkenntnis beschwerte schleswig-holsteinische Finanzminister Dr. Schäfer (BHE), der aus Gründen der höheren Koalitionsarithmetik zur linken Hand ein klassisches, das Justizministerium lediglich "mitversieht".

Es hat sich jetzt als ein ziemlich offenes Geheimnis herausgestellt, dass bereits seit langem der bisherige schleswig-holsteinische Generalstaatsanwalt Dr. Mannzen von politischen Kreisen einer höchst merkwürdigen Auslegung des Satzes, "die Staatsanwälte sind weisungsgebunden", ausgesetzt war. Da Dr. Mannzen die Grenzen des Begriffs "weisungsgebunden", insbesondere auch gegenüber den ihm unterstellten Oberstaatsanwälten, ausschließlich und eng von Gesetz und Gewissen abgesteckt sah, verstärkte sich kurz vor den Landtagswahlen das Bestreben, ihn aus dem Amt zu entfernen. Dem bisherigen Generalstaatsanwalt ließ Ministerpräsident Lübke nur die Wahl, entweder sich in

den Wartestand versetzen oder sich als Bundesrichter nach Karlsruhe wählen zu lassen. Dr. Mannzen, Vater von 5 Kindern und als evangelischer Christ sehr aktiv, war CDU-Kreisen in Schleswig-Holstein verdächtig als möglicher SPD-Wähler. Trotzdem erhielt er sogar ohne Schwierigkeiten die Stimmen der CDU-Wahlmänner des Bundestages für seine Berufung nach Karlsruhe. Eingeweihte Kreise wundert dies nicht, weil Lübke entsprechend vorgearbeitet haben soll.

#### Das tollste Revirement der deutschen Justizgeschichte

Als nächste waren die Oberstaatsanwälte an der Reihe. Sie konnte man nun nicht auch noch nach Karlsruhe abschieben. Versetzung in den Wartestand hätte ein zu peinliches Aufsehen erregt. Lübke und sein neuer Generalstaatsanwalt wählten den Weg ihrer geschlossenen Versetzung, die im Grunde eine absolut willkürliche Maßregelung darstellt. Der zuständige Amtschef im Justizministerium hatte seinen Minister vor einer Zustimmung zu dieser Maßnahme dringend gewarnt. Dr. Schäfer war daher nicht bereit, die Versetzung sämtlicher Oberstaatsanwälte zu einer Kabinettsfrage zu machen. Den übrigen Ministern wäre dabei die hochwillkommene Gelegenheit gegeben gewesen, auch ihre Bedenken gegenüber dem Regierungschef auszusprechen. Da Dr. Schäfer aber dann doch nicht den selbstverständlichen Mut gegenüber seinem Ministerpräsidenten aufbrachte und sich dessen Wünschen schließlich beugte, konnte das tollste Revirement, das die deutsche Justizgeschichte kennt, angeordnet werden.

Die Reaktion der Bevölkerung war entsprechend. SPD und FDP haben in schärfster Form ihre Ablehnung zum Ausdruck gebracht. Die Deutsche Partei hat dieselbe Einstellung bekundet. Der Regierung Lübke nahestehende Zeitungen veröffentlichen am laufenden Band kritische Stellungnahmen. Die Berufsorganisationen der Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte wandten sich mit geharnischten Erklärungen an die Öffentlichkeit. Aus Protest gegen die von Lübke und seinem Günstling Dr. Voss erzwungenen Maßnahmen sind eine Reihe von Austritten aus der CDU erfolgt.

Allen empörten Widersprüchen ist eines gemeinsam: die berechtigte Sorge um die Sauberkeit und Unabhängigkeit der Rechtspflege. Man weiß, dass Beeinflussung und Lenkung der Justiz stets zuerst über die Staatsanwaltschaften versucht wurden. Man fürchtet, die überall ausgesprochenen Vermutungen könnten zutreffen, die Regierung und insbesondere ihr Chef wünschten tatsächlich keine ungebundene und unabhängige Staatsanwaltschaft. Durch den Kreis der für diese Vorgänge Verantwortlichen ist die Justiz in einer höchst bedauerlichen Weise ins öffentliche Gerede gekommen. Der ihr zugefügte Schaden wiegt schwer, er wird sich noch schwerer reparieren lassen.

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau